

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

13.10.1927 (No. 238)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
Dr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. u. u.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.- RM. einchl. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Pfg. - Samstags 15 Pfg. - Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassencabatt gilt und verweigert werden kann; wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künstliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. - Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umlage oder nicht erscheint. - Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. - Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Künstliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Frankreich und Rußland

Die französische Regierung erlebt mit der diplomatischen Vertretung Sowjetrußlands in Paris ähnliches, wie es vor kurzem die Londoner Regierung erlebt hat. Jedoch hat die französische Regierung nicht gleich die strengen Konsequenzen gezogen, wie Chamberlain in London. Die Abberufung des Votschafers der Sowjetunion, Rakowski, ist allerdings auch von Frankreich verlangt worden, und zwar mit einer solchen Entschiedenheit, daß Moskau der Forderung nachkommen mußte, wenn es nicht einen diplomatischen Bruch riskieren wollte. Und an einem solchen Bruch hat Rußland jedenfalls das geringere Interesse.

Im übrigen hat das französische Kabinett alles vermieden, was über die Abberufung des Votschafers hinaus Moskau hätte vor den Kopf stoßen können. Ja, in einer besonderen Note wurde ausdrücklich erklärt, daß die Forderung der Abberufung des Votschafers durchaus nicht den Abbruch der diplomatischen Beziehungen selbst einleiten solle.

Die Intentionen, welche die französische Regierung Herrn Rakowski vorwarf, mögen wohl nach außen hin als ausreichende Begründung für das Verlangen nach einer Abberufung gelten können. Aber sie sind sicherlich nicht der wahre Grund. Und die russische Regierung in Moskau hat ja denn auch die Handlungsweise des Votschafers verteidigt und die Beschwerden des französischen Außenministeriums an sich nicht als berechtigt anerkannt. Nur um des lieben Friedens willen hat Moskau nachgegeben. Wie man hört, soll Litwinoff, der stellvertretende Votschafers des Auswärtigen, Votschafers in Paris werden.

Welches ist nun der tiefere Grund, der die französische Regierung zu ihrer Forderung nach Abberufung des Votschafers veranlaßt hat. Wie in England, ist es die kommunistische Agitation, die schwere Bedenken im französischen Kabinett hervorgerufen hat. Wenn auch in Rußland der Parteiapparat und der eigentliche Regierungsapparat organisatorisch voneinander getrennt sind, so weiß doch jedes Kind, daß der Regierungsapparat ganz und gar im Dienst der Partei steht. Sonach ist auch der Votschafers der Sowjetunion schließlich nichts anderes, als ein propagandistischer Vertreter des Kommunismus. Und selbstverständlich wird von ihm erwartet, daß er die Parteipropaganda in dem Lande, in welchem er beglaubigt ist, nach Kräften unterstützt. So besteht eigentlich immer latent die Gefahr, daß sich ein Votschafers oder Gesandter der Sowjetunion bei der Regierung des fremden Landes unbeliebt macht. Zt der Gesandte gar zu forsch, so muß er mit der Zeit die fremde Regierung brüskieren. Und ist diese Regierung nicht gar zu geduldig und von der Gefährlichkeit der kommunistischen Agitation auf Grund übeler Erfahrungen überzeugt, so ergeben sich ganz von selbst diplomatische Zerwürfnisse.

Die letzten Wochen haben nun in Frankreich mehrere, außerordentlich schwere Fälle von Soldatenmeutereien bei der Landarmee und bei der Marine gebracht. Man führt diese Meutereien auf kommunistische Verheerungen zurück und befürchtet für die militärische Disziplin das Schlimmste, wenn sich der Geist, der sich bei diesen Meutereien offenbarte, weiter ausbreiten sollte. Auch sonst ist der Kommunismus in Frankreich in der letzten Zeit recht aktionsfroh gewesen. Das alles bietet für das französische Kabinett Anlaß genug, um seine diplomatischen Beziehungen zu der Macht, die den Zentralpunkt der kommunistischen Agitation darstellt, zu Rußland, einer kritischen Betrachtung zu unterwerfen. Die Forderung der Abberufung des Votschafers Rakowski soll sicherlich eine Warnung an Moskau sein, eine Warnung, die kommunistische Propaganda in Frankreich nicht zu übertreiben, da sonst ein Abbruch der Beziehungen die Folge sein könnte.

Bedenklich ist es, daß zur Zeit die wirtschaftlichen Verhältnisse in Frankreich der kommunistischen Agitation willkommenen Argumente liefern. Seit kurzem bewegt sich wieder eine Teuerungswelle über Frankreich hin. Die Preise sind recht erheblich gestiegen. Und das Kabinett Poincaré steht auch innerpolitisch vor fatalen Problemen.

Die Reichspräsidentenbilder für den Reichstag. Am Dienstag, den 18. Oktober, 12 Uhr mittags, findet die Übernahme der Bilder des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und des Reichspräsidenten v. Hindenburg in der großen Wandelhalle des Reichstages statt.

Wo stehen wir in der Berufsberatung?

Das neue Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 stellt nicht nur die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung, sondern auch die Berufsberatung auf eine neue Grundlage. Bisher sind hauptamtliche Berufsberater, bzw. Berufsberaterinnen tätig bei den Arbeitsämtern Baden-Baden, Bruchsal, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe Mannheim, Offenburg und Rastatt. Die Einstellung eines hauptamtlichen Berufsberaters ist weiter für die allernächste Zeit in Aussicht genommen bei den Arbeitsämtern Konstanz, Lahe und Villingen. Beim Arbeitsamt Pforzheim besteht ebenfalls der Plan, eine hauptamtliche Kraft für die Durchführung der Berufsberatung zu gewinnen. Das Arbeitsamt Mosbach hat vor kurzem einen Gewerbelehrer mit der nebenamtlichen Durchführung der Berufsberatung betraut, eine Regelung, die sich bisher recht gut bewährt. Bei den übrigen Arbeitsämtern Kehl, Lorrach, Waldhut und Weinheim wird die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung durch Arbeitsvermittler und Arbeitsvermittlerinnen bzw. durch den Geschäftsführer des Arbeitsamtes durchgeführt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in Kehl und Lorrach in absehbarer Zeit ein weiterer Ausbau der Berufsberatung erfolgen wird.

Verschiedenen Arbeitsämtern steht zur Durchführung der Berufsberatungstätigkeit ein besonderer Beirat zur Seite, der sich aus Vertretern der an der Berufsberatung interessierten Kreise, insbesondere Schulen, Schularzt, Arbeitgeber und Arbeitnehmern usw. zusammensetzt.

Die Tätigkeit des Beirats trägt insbesondere dazu bei, die gute Zusammenarbeit der Berufsberatungsstellen mit den verschiedenen Schulen zu fördern, eine Zusammenarbeit, die im höchsten Interesse der einen Beruf erstrebenden Jugendlichen liegt.

Der Unterbringung von Hilfsschülern in geeignete Lehrstellen haben die Arbeitsnachweise vielfach gesteigerte Aufmerksamkeit zugewandt.

Die Berufsberatung der Schüler höherer Lehranstalten ist bisher noch nicht in dem erforderlichen Ausmaße durchgeführt. Es erheben die Berufsberatungsstellen - mit Recht - wichtiger, zunächst die Berufsberatung der Volksschüler vollständig aufzubauen und auszugestalten, ehe sie neue Aufgaben auf sich nehmen. Immerhin ist auch hiermit bereits der Anfang gemacht.

Auch die Zusammenarbeit mit den Handwerks- und Handelskammern, den Jugendämtern und den Bezirksfürsorgebehörden hat sich nach den vorliegenden Nachrichten im allgemeinen durchaus reibungslos gestaltet.

Wehr als bisher ist in letzter Zeit die Berufsberatung auch außerhalb des Gebietes des Arbeitsnachweises durchgeführt worden. Die weitere gründliche Erfassung der Landbezirke wird von den Berufsberatungsstellen allgemein angestrebt.

Wie wesentlich die Tätigkeit der Berufsberatung tatsächlich ist, zeigt deutlich eine zahlenmäßige Aufstellung des Arbeitsamtes Pforzheim. Von rund 900 Knaben und 900 Mädchen, die zu Ostern 1927 im Amtsbezirk Pforzheim zur Entlassung kamen, wollten unterkommen von den Knaben: im Handwerk 736, in der Schmuckwarenindustrie 77, im Handel 8, in sonstigen Berufen 43. Das Arbeitsamt schätzte die Aufnahmefähigkeit dieser Berufe wie folgt: im Handwerk 300 Stellen, in der Schmuckwarenindustrie 700, im Handel 40, in sonstigen Berufen keine. Von den Mädchen wollten unterkommen: im Handwerk 383, in der Schmuckwarenindustrie 104, im Handel 222, in der Hauswirtschaft 91, in sonstigen Berufen 155. Dem stehen schätzungsweise gegenüber: im Handwerk 40 Stellen, in der Schmuckwarenindustrie 500, im Handel 60, in der Hauswirtschaft und in den sonstigen Berufen keine. Diese Zahlen beweisen, wie dringend erforderlich die Aufklärung der Öffentlichkeit und, zum mindesten, der Versuch der Regelung des Beschäftigungsmarktes durch die neutralen Berufsberatungsstellen ist. Ohne Zweifel werden die noch so jungen Berufsberatungsstellen noch einen großen Teil Arbeit zu leisten haben, bis es ihnen gelingt, einen Höchststand zu erreichen. Sie werden jedoch nur dann ihren verantwortungsvollen Aufgaben in vollem Umfange gerecht werden können, wenn sie in der Öffentlichkeit die für ihre Tätigkeit dringend erforderliche Unterstützung finden.

Truppenreduktion im besetzten Gebiet

Es liegen, wie aus Berlin mitgeteilt wird, jetzt genauere Nachrichten über Truppenreduzierungen der Engländer und Belgier vor. Aus dem englisch-besetzten Gebiet wird mitgeteilt, daß Adstein i. T. frei werden soll und daß aus Wiesbaden und Daxheim Truppen zurückgezogen werden sollen in einer Gesamtzahl von etwa 1000 Mann. Ebenso liegen Nachrichten vor, daß die Belgier ihre Truppen um etwa eine gleiche Zahl verringern werden.

Der Stadtrat Ludwigshafen nahm zur Befragungsfrage eine Entschlieung an, in der dieser mit allem Nachdruck die Forderung auspricht, daß der deutsche Rechtsanspruch auf Räumung des besetzten Gebietes endlich raschestens erfüllt wird, ohne daß hierfür irgendwelche weitere Zugeständnisse gemacht werden. Außerdem erneuert der Stadtrat die Bitte, daß die bayerische Regierung und die Reichsregierung nichts unversucht lassen, daß auch Ludwigshafen baldigt von der militärischen Besetzung befreit wird und daß auch die sonstigen französischen Dienststellen baldigt aus dem Stadtgebiet zurückgezogen werden. Die Wohnungsnot ist so außerordentlich, daß man im Interesse der Zivilbevölkerung dringend die Rückgabe der von der Besatzung beschlagnahmten Wohnungen und Wohnmöglichkeiten erstreben muß.

Die Begründung der Besoldungsreform

Der „Bayerischen Staatszeitung“ wird aus Berlin gemeldet:

Aus der Begründung des Entwurfes zum Reichsbesoldungsgesetz durch den Reichsfinanzminister weiß die „Voss-Ztg.“ heute verschiedene Einzelheiten mitzuteilen. Danach stellt die Begründung zunächst fest, daß die Beamtenbezüge - abgesehen von der Anpassung des Wohnungsgeldzuschusses an die Mieten - seit Dezember 1924 nicht mehr erhöht worden sind, während die Lebenshaltungskosten weiter gestiegen seien. Die heutigen Gehälter seien so knapp, daß der Beamte allen besonderen Ausgaben hilflos gegenüberstehe. Dieser Zustand bringe große Gefahren mit sich, denn die deutsche Republik brauche Beamte, die sich in vorbildlicher Pflichterfüllung mit ihrer ganzen Kraft in den Dienst ihres Amtes stellen und mit ihrer ganzen Persönlichkeit für den Staat einträten. Das Sinken der sozialen Stellung der Beamenschaft treffe deshalb vor allem den Staat. Die Erhaltung der höheren Lebensstellung und die Erreichung des Gehalts der Zufriedenheit müsse im Vordergrund stehen bei allen Erwägungen über die Gehaltserhöhungen der Beamten. Bei der Bedeutung, die die Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse für die Beamten habe, gebe der Lebenshaltungsindex nicht den richtigen Maßstab. Die höheren Beamten besonders sollten die gesellschaftlichen Beziehungen pflegen und mühten sich einen freien Blick und eine gewisse Unabhängigkeit bewahren. Nur dann könne verhindert werden, daß hochqualifizierte Persönlichkeiten dem Staatsdienste entzogen würden.

Der Reichsfinanzminister weist in der Begründung darauf hin, daß absoluter Zeitfah sein und bleiben müsse, daß die Finanzen des Reiches unter allen Umständen in Ordnung bleiben. Die augenblickliche Belastung durch sämtliche Beamtengehälter und Pensionen berechnete der Minister auf jährlich rund eine Milliarde unter Hinzurechnung der Ausgaben für Kriegesbeschädigte auf rund 2,1 Milliarden, also auf ein Viertel des gesamten Reichshaushaltes. Die Erwägung, daß eine Besoldungsneuregelung auf unmittelbare Auswirkungen auf die Beamten der Reichspost, Reichsbahn, der Länder und Gemeinden habe, dürfe das Reich nicht davon abhalten, etwas Durchgreifendes für die unzulänglich bezahlte Beamenschaft zu tun.

Die Änderung des Finanzausgleichs und ebenso eine Gewährung von Reichsdotationen an die Länder lehnt der Reichsfinanzminister ab. Die neue Besoldungsreform, so führt die Begründung weiter aus, müsse auch eine Änderung des Besoldungsrechtes aus organisatorischen Gründen mit sich bringen, denn das System der 13 Besoldungsgruppen vom Jahre 1920 habe große Mängel gezeigt, wie auch das System der „Schlüsselung“ die größten Ungleichheiten gezeigt habe. Das Grundgehalt soll deshalb wie bisher den Hauptbestandteil der Dienstbezüge zu bilden haben. Beamte, denen im wesentlichen die gleichen Dienstaufgaben obliegen, sollen in dieselbe Besoldungsgruppe aufgenommen werden, was eine Anhebung der Aufreidungszeiten und die Einführung von ruhegehaltfähigen Stellenzulagen bedinge.

Ferner wird ein baldige Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses angekündigt und schließlich erklärt der Reichsfinanzminister, daß eine Gewährung von Teuerungszulagen nicht erforderlich sei, da für die Zukunft mit einer Stabilität der deutschen Währung gerechnet werden könne.

Das bayerische Regierungsorgan macht hierzu folgende Ausführungen:

Man muß immer wieder über die Kaltblütigkeit staunen, mit der der Reichsfinanzminister angesichts der Unmöglichkeit für die Länder, die Erhöhung der Beamtengehälter aus eigenen Mitteln durchzuführen, erklärt: eine Änderung des Finanzausgleichs ist ausgeschlossen; Dotationen werden abgelehnt. Wenn er das sozusagen mit demselben Atemzuge sagt, mit dem er als oberster Vorkämpfer für seine Maßnahmen hinstellt, daß die Finanzen des Reiches unter allen Umständen in Ordnung bleiben, dann kann man daraus nur schließen, daß ihm die Finanzlage der Länder vollkommen gleichgültig ist. Eine Finanzpolitik, die sich auf diesen Standpunkt stellt, ist einfach unhaltbar, wenn nicht ganz besondere Zwecke mit ihr verfolgt werden. Das Reich hat ein ebenso starkes Interesse daran, daß auch die Finanzen der Länder in Ordnung sind, wie die Länder an einer ordentlichen Finanzgebarung des Reiches ein Interesse haben, denn beide sind auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen. Schließlich sind es doch die Länder, aus denen die Mittel fließen, mit denen das Reich seine Finanzwirtschaft betreibt. Ist dieses Interesse beim Reich, wie es scheint, nicht vorhanden, dann hat man eben auch kein Interesse an den Ländern und das würde dann das bestätigen, was schon von uns über die Politik des Reiches gesagt wurde. Wie soll Bayern z. B. die durch die Beamtenbesoldungsreform notwendig werdenden circa 58 Millionen Mark jährlich mehr angeht, seines bereits vorhandenen Defizits von 85 Millionen Mark, aufbringen? Der Herr Reichsfinanzminister möge sich doch einmal darüber aussprechen. Auch er kann das Unmögliche nicht möglich machen, und es ist deshalb ein wenig staatsmännischer Standpunkt, den er einnimmt. Der Finanzausgleich vom 9. April 1927 ist unter ganz anderen Voraussetzungen zustande gekommen; er kann deshalb nicht als ein Kränkeln Rührmüchtnan betrachtet werden. Gätten die Länder damals gewußt, daß so bald schon eine Reform der Besoldungsordnung mit so ungeheuren Aufwendungen an sie herantreten würde, wären sie gewiß nicht für diesen Finanzausgleich, dem sie ohnehin nur schweren Herzens zustimmten, zu haben gewesen. Ganz abgesehen haben damals ja Bayern, Württemberg und Thüringen ausdrücklich zu Protokoll des Reichstags erklärt, daß durch diesen Finanzausgleich eine etwaige Besoldungsrevision, eine allgemeine Besoldungserhöhung oder Zuwendungen aller Art noch nicht mit getroffen oder abgeholten seien. Wenn deshalb Bayern im Reichsrat den Antrag gestellt hat, den

Finanzausgleich dahin abzuändern, daß der Anteil der Länder an dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 75 auf 80 Prozent erhöht und der sogen. Entbehmungsfaktor des § 35 des Finanzausgleichsgesetzes von 20 auf 10 Prozent herabgesetzt wird, so ist es durchaus im Recht und es muß erwartet werden, daß der Reichsrat sich der Einmütigkeit von der absoluten Notwendigkeit dieses Verlangens nicht nur, sondern auch von der Berechtigung nicht verschließt. Es handelt sich hier um eine Frage des Rechtes und der Gerechtigkeit. Ein Staat aber, der sich über Recht und Gerechtigkeit so kühl hinwegsetzt, wie es der Herr Reichsfinanzminister, seinen Erklärungen nach zu urteilen, zu tun beabsichtigt, untergräbt damit die Wurzeln seiner eigenen Existenz."

Diese Kritik ist von einer bemerkenswerten Schärfe. Andererseits muß zugestanden werden, daß die Länder durch die Besoldungsreform in eine außerordentlich schwierige finanzielle Lage geraten sind. Dabei ist noch die Frage zu berücksichtigen, wie die Länder die Aufgabe der Besoldungsreform durchzuführen und gleichzeitig nach dem Entwurf des neuen Steuerbeitragsgesetzes dahin wirken sollen, daß Steuerentlastungen eintreten.

Die Besoldungsfrage im Reichsrat

Wie die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ aus Berlin erfährt, hat der zuständige Ausschuss des Reichsrats sich Mittwoch nachmittag mit der Besoldungsreformvorlage befaßt. Die Bayerische Staatsregierung hatte den Antrag gestellt, daß das bestehende Finanzausgleichsgesetz dahin abgeändert wird, daß 1. die Länder vom 1. Oktober 1927 ab vom Aufkommen an der Einkommen- und Körperschaftsteuer statt wie bisher 75 Proz. in Zukunft 80 Proz. erhalten sollen u. 2. daß der § 35 des Finanzausgleichsgesetzes dahin abgeändert werden soll, daß der sog. Entbehmungsfaktor von 20 auf 10 Proz. herabgesetzt wird.

Der obengenannten Korrespondenz zufolge wurde der Antrag auf Verbesserung der Einkommensteueranteile angenommen, während der zweite Teil des Antrages abgelehnt wurde.

Der Besuch Marx und Stresemanns in Wien. Die Reise des Reichsfinanzministers Dr. Marx und des Reichsaußenministers Dr. Stresemann nach Österreich ist auf Mitte November festgesetzt worden.

Adolf Wermuth †. Der ehemalige Staatssekretär des Reichsschatzamt, langjähriger Oberbürgermeister von Berlin, Dr. Adolf Wermuth, ist Mittwoch abend im Lichterfeld-Kreisfrankenhaus im Alter von 73 Jahren gestorben. Im Reichsdienst war Wermuth u. a. Kreiskommissar für die Weltausstellung Melbourne 1886-1887, nach dem Übergang Belgolands an Deutschland 1890 erster Gouverneur der Insel und 1893 wiederum Ausstellungskommissar für die Weltausstellung in Chicago. Am 15. Juli 1909 wurde er zum Staatssekretär des Reichsschatzamt ernannt, eine Stellung, die er bis zum 16. März 1912 bekleidete. Am 15. Mai 1912 wählten ihn die Berliner Stadtverordneten zum Oberbürgermeister auf 12 Jahre. Bei der Gründung Großberlins wurde er am 22. September 1920 mit 107 von 157 Stimmen zum Oberbürgermeister der neuen Stadtgemeinde Berlin gewählt. Bereits im November gleichen Jahres nahm er seinen Abschied.

Die Aufwertungsforderungen der Kleinrentner. Der Reichsarbeitsminister hat Mittel zur Verfügung gestellt, durch die den Kleinrentnern die Möglichkeit gegeben werden soll, noch nicht fällige Aufwertungsforderungen unter gewissen Bedingungen durch Verkauf oder Verleiherung der Forderungen schon jetzt zu verwerten. Da die für die Maßnahme bereitgestellten Mittel nur beschränkt sein können, wird bei der Prüfung der Anträge ein strenger Maßstab angelegt werden müssen. Aussicht auf Bewilligung haben daher nur besonders bedürftige Kleinrentner. Anträge sind an die Landesstellen der Kreditgemeinschaft zu richten, deren Anschriften im einzelnen bei den Büroposten erfragt werden können.

Der Fleischverbrauch in Deutschland hat fast wieder die Höhe der Vorkriegszeit erreicht. An Schweinen wurden nach einer Aufstellung des statistischen Reichsamts im ersten Vierteljahr 1927 fast 4 Millionen geschlachtet, nur 2 Proz. weniger als in der gleichen Zeit 1913. Schafe blieben allerdings mit 20 Proz., und Rindvieh mit 22 Proz. gegenüber 1913 zurück. Pferdefleisch wird immer noch in erheblichen Mengen genossen. Auf den Kopf der Bevölkerung kamen für dieses Vierteljahr ein täglicher Fleischverbrauch von 140 Gramm.

Badisches Landestheater

„Die Lästerschule“ (Erstaufführung)

Wie so manches Stück, das auf dem Umweg der Überlegung und Bearbeitung zu uns kommt, hat auch R. V. Sberidans „School for Scandal“ viel von seinem ursprünglichen Witz eingebüßt. Man kann sich kaum denken, daß im alten Original, das besonders seines geschliffenen Dialogs wegen berühmt geworden ist, so banale Reimerereien stehen sollen, wie sie der Librettist Rudolf Stephan Hoffmann namentlich für Paul von Menaus komische Oper „Die Lästerschule“ gebraucht. Sehr zweifelhaft ist aber auch, ob das als Gesellschaftsatire um 1800 geschriebene Lustspiel wirklich so sehr aller feineren Mechanik entbehrt, daß seine Handlung eigentlich in drei lose aneinandergereihte Episoden zerfällt. So verifiziert jetzt der erste Akt vor allem die sogenannte gute Gesellschaft in ihrer Lästerschuligkeit und Freude am Skandal. Die größere Hälfte des zweiten Aktes gehört dem ehelichen Jost von zwei sozial ungleichen Gatten, einem älteren Lord und seinem dem Volk entliegenen toletten Frauchen. Damit gerät aber die lustige Geschichte von den beiden Neffen des indischen Erbtötelts (dem Heuchler Joseph und dem Lusttun Charles), welche doch für eine komische Oper der Angelpunkt des Ganzen sein müßte, arg ins Hintertreffen, und diese seit jeher gerade in der opera buffa typischen Kernfiguren erfahren leider auch später keine weitere Charakterisierung. Nur am schwarzen Kostüm und an baritonaler Stimme einen tugendbeuglichen Bösewicht zu erkennen ist schließlich für anspruchsvollere Zuschauer ein ebenso peinliches Hilfsmittel wie andererseits auch die Tatsache, daß der tenorsingende Leichtfuß am Ende für seine Gutberzigkeit belohnt wird und zu den Pflanzlingen des Ostels noch sein Bräutchen gewinnt, nachdem übrigens selbst dessen Liebeskonflikt recht flüchtig und ohne tiefere Begründung zuvor angedeutet worden ist.

Wenn der Chor quasi als Schlupfwinkel ziemlich unermittelt „Es lebe der gute Humor“ intoniert, so frägt sich übrigens auch der zumeist um zwei Aktlängen gelangweilte Zuschauer vergebens, worin nun faktisch das Humorbolle des Wertes bestehen könnte. Nun braucht Paul von Menau zwar nicht deshalb ungetriggert genannt werden, weil er

„Klaviersatz und Textbuch sind bei der Universitätsbibliothek, Wien, Neupost, erschienen.“

Politische Neuigkeiten

Die Schuldebatte im Reichstag

Zur Beratung des Reichsschulgesetzes, die im Reichstag am kommenden Dienstag, 18. Oktober, beginnen wird, haben von den Oppositionsparteien bisher nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten ihre Fraktionsredner bestimmt. Für die Sozialdemokraten werden die Abgeordneten Schred und Tawenstein evtl. der frühere Staatssekretär Schulz sprechen. Für die Kommunisten, die aus Moskau wieder zurückgekehrte Frau Klara Zetkin und der Hg. Scheller. Die Demokraten werden erst am nächsten Dienstag ihre Redner bestimmen. Auch die Regierungsparteien haben die Rednerfrage noch nicht geregelt und es besteht die Möglichkeit, daß sie sich auf eine gemeinsame Erklärung einigen.

Nunmehr liegt die Tagesordnung für die erste Reichstags-Sitzung nach der Sommerpause am Dienstag, den 18. Oktober, 8 Uhr nachmittags, vor. Als erster Gegenstand steht zur Beratung das Reichsschulgesetz, ferner die Beratung des Antrages betreffend Saargängerunterstützungen sowie die ersten Beratungen der Entwürfe über den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich über die Festsetzung der Grenze, über das Luftverkehrsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien, betreffend das Abkommen und Statut über die Internationale Rechtsordnung der Seebäder, betreffend übereinkommen und Statuten über die Internationale Rechtsordnung der Eisenbahnen, betreffend das Abkommen zwischen Deutschland und Polen über die Verwaltung der die Grenze bildenden Warte und den Verkehr auf dieser Strecke, und schließlich über das Luftverkehrsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und England.

Zu Fraktions-Sitzungen haben bisher eingeladen, das Zentrum und die Kommunisten zu Montag, den 17. d. M., die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten zu Dienstag, den 18. d. M.

Die zweite Lesung des Reichsschulgesetzes in den Ausschüssen des Reichsrates hat eine wesentliche Veränderung insofern gebracht, als nicht nur die Änderungsanträge der preussischen Regierung, sondern auch eine Reihe noch weiter gehender Anträge Sachsens und einiger kleinerer Länder angenommen worden sind. Es handelt sich hierbei vor allem um eine schärfere Fassung der Vorlesung, wonach die Gemeinschaftsschule unbedingt als Regelschule gelten soll und ferner um die Streichung des kirchlichen Aufsichtsrats über den Religionsunterricht. Schließlich wurde das Verlangen Sachsens angenommen, daß es ebenfalls einen erhöhten Satz für die Simultanschule genießen soll. Man glaubt jedoch nicht, daß in der Plenar-Sitzung des Reichsrates am Freitag diese radikalere Fassung des Gesetzeswurfes Annahme findet, sondern vielmehr im wesentlichen die Fassung mit den preussischen Änderungsanträgen. Eine von den süddeutschen Ländern beabsichtigte Beantragung der Wiederherstellung der Regierungsvorlage hat nach Ansicht der Mütter gleichfalls keine Aussicht auf Annahme in der Vollversammlung. Sollten die Dinge diese Entwicklung nehmen, so wird die Reichsregierung voraussichtlich die Einbringung einer Doppelvorlage im Reichsrat nicht vermeiden können.

Der Reichstagsauschluß für die Strafrechtsreform

nahm am Mittwoch die beiden ersten Absätze des § 26, der den „Versuch“ behandelt, unverändert nach der Regierungsvorlage an. Der dritte Absatz wurde entsprechend einem Antrage Schulte-Bresslau (Zp.), beschloffen: „Kommt der Versuch schon wegen Fehlens besonderer Eigenschaften oder Verhältnisse, die beim Täter zur Strafbarkeit erforderlich sind, oder wegen der Art des vom Täter auszuführenden Mittels oder Gegenstandes überhaupt nicht zur Vollendung führen, so kann das Gericht die Strafe nach freiem Ermessen mildern oder von Strafe absehen.“

§ 27 unterscheidet, wie das geltende Recht zwischen dem Rücktritt von dem noch nicht beendeten Versuch und dem Rücktritt vom beendeten Versuch. In beiden Fällen muß der Rücktritt „aus freien Stücken“ geschehen.

Von verschiedenen Seiten wurde bemerkt, daß die Formulierung „aus freien Stücken“ ganz neu sei, und daß deren Auslegung noch zu den größten Unklarheiten führen würde. Dem wurde entgegengesetzt, daß die Formulierung „aus freien Stücken“ nur die Fassung im geltenden Recht klarer präzisieren solle. In der Abstimmung wurde der Wortlaut der Regierungsvorlage über den § 27 unverändert angenommen.

im vorwagnerischen Stil schreibt und zur Simplizität der alten Konversationsoper zurückkehrt. Denn es kommt bei jeder weiteren Opernreform doch wohl vor allem darauf an, ob ihr Apus wirklich spielerisch erfährt ist und ob sich musikalisch irgendwelche Vitalität äußert. Zweifelslos finden sich in der Partitur genug Ansätze dieser Art — so darf man an die Aria der Maria im zweiten Akt, an einigen Duetten und Ensembles nicht achtlos vorbeigehen — trotzdem hört die theoretische Verteilung auf den Dreivierteltakt der seligen Opernzeit, sowie eine Diatonik, die bewußt alle komplizierten Harmonien meidet und ungefähr eine Donizetti-Diktion nachahmt. Es liegt sich freilich sehr schön, wenn ein Komponist zugunsten einfacher Gesangs- und Tanzmelodien auf modernen Orchesterballast verzichtet will, aber dann muß eben die schöpferische Substanz des Autors so groß sein, daß solche stilistische Rückwandlung zugleich ein unbeeinträchtigtes Vorwärtsschreiten ist. An der Unmöglichkeit dieses Problems und also an einem inneren Widerspruch frant vornehmlich das Werk, es wirkt keineswegs aktuell u. nicht einmal witzig, auch wo trotz archaisierender Tendenz die Wärme des Ausdrucks mitunter ungemein sympathisch berührt. Von dem dänischen Liederdichter, der als begabter Hummel- und Schillingschüler mit „Marian und Gudrun“ (Mannheim 1918) vor allem und schon früher mit dem Einakter „Eulamith“ und dem Tanzspiel „Klein Idas Blumen“ seine theatralische Feuerprobe bestand, hatte man jedenfalls eine anspruchsvollere und geistreichere Leistung erwartet.

Der Wiedergabe am badischen Landestheater fiel es nicht leicht, gegen die effektiv zeitgemäß gewordenen Elemente wirksam anzukämpfen und die konstruierte Natürlichkeit als schwungvolle Lebendigkeit zu legitimieren. Geringfügige Gemengungen hatte vielleicht das Orchester zu überwinden, das unter R. Schwarz mit einer Musizierfreudigkeit spielte, wie sie ebenbürtig zu einem Werktyp der älteren französischen oder italienischen Schule gepaßt hätte. Hier ward infolge dessen die historische Musik vollkommen erreicht, weniger dagegen auf der Bühne deren optische Ergänzung, obwohl Solisten und Chor alleamt in historischer, die muffige altenglische Atmosphäre allerdings kaum betonender Maske auftraten. Es fehlte überhaupt den Darstellern an individueller Prägnanz. Dr. Hermann Bucherperennis, der bei dieser Gelegenheit erstmalig als Regisseur sich einführte, wird darauf künftig weit stärker achten müssen. Mit gesangstechnischem Anstand lösten immerhin größere Aufgaben Marx und Ernst (Sady Gisa)

Dr. Curtius über Aufgaben und Ziele des Einzelhandels

Auf einer Kundgebung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Berlin hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine Rede, in der er in längeren Darlegungen über die Aufgaben des Einzelhandels sprach, die in dem Sinne gipfelten, daß ein selbständiger Einzelhandel für eine rasche Warenvermittlung zwischen Produktion und Verbrauch unentbehrlich ist und dessen Aufgabe in der Erzielung eines möglichst hohen Umsatzes in Qualitätswaren durch größtmögliche Senkung der Kosten und einem möglichst billigen Verkaufspreis besteht. Der Minister nannte es eine Verleumdung wichtiger wirtschaftlicher Gesetze, wenn die Steigerung der Kaufkraft, die mit einer Erhöhung der Einkommensverhältnisse großer Verbraucherschichten verbunden ist, zum Anlaß für eine Heraufsetzung der Preise genommen wird. Die Reichsregierung erwarte, daß der Einzelhandel in der gegenwärtigen Konjunkturphase diese gesamtwirtschaftlichen Grundzüge und Forderungen beachtet. Zum Schluß gab Dr. Curtius der Hoffnung Ausdruck, daß auch in Zukunft ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen dem Deutschen Einzelhandel und der Reichsregierung zum Vorteil der gesamten Wirtschaftspolitik gewährleistet sein werde.

Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber appellierte an die volkswirtschaftliche Einsicht der Wirtschaftskreise, eine zusätzliche Kaufkraft, wie sie die Besoldungsneuerung für die deutsche Beamtenchaft mit sich bringe, nicht etwa in einer Preissteigerung, sondern vielmehr in einer Umsatzsteigerung auszuwerten. Die Umsatzsteigerung bringe freilich für den Einzelhandel auch gewisse Schwierigkeiten mit sich, weil sie naturgemäß eine Erhöhung des Betriebskapitals des einzelnen Unternehmens der Regel nach zur Vorauszahlung habe. Zu der durch die Forderung der Zwangswirtschaft für gewerblich benutzte Räume entstandenen Bemerkung in Kreisen des deutschen Einzelhandels bemerkte der Minister, daß unser allgemeines Mietrecht schleunigst dahin abgeändert werden müsse, daß dem Mieter, der seine Pflichten gegenüber dem Vermieter erfüllt und insbesondere eine angemessene Miete zahle, nur dann gekündigt werden dürfe, wenn ein wichtiger Grund für die Kündigung vorliege. In den letzten Jahren habe sich ein starkes Suchen des Einzelhandels nach neuen Formen gezeigt, die u. a. auch in der sogenannten Konsumfinanzierung ihren Ausdruck fanden. Diese Versuche, so führte Dr. Schreiber weiter aus, seien nicht unbedenklich gewesen, aber bereits wieder in den Hintergrund getreten. Er erinnerte dabei an den genossenschaftlichen Zusammenstoß, wie er sich besonders im Lebensmittelhandel entwickelt habe.

Sozialdemokratische Leuerungsinterpellation

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der ausgeführt wird, die Wirtschaft stehe vor neuen Erschütterungen durch weitere Leuerung, Senkung der Reallohne, Erschwerung der Lebenshaltung aller Konsumenten und Steigerung der Not der Rentner, wenn nicht unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, die ein weiteres Ansteigen der Preise verhindern und die Erhöhung der Einkommen fördern. Im einzelnen werden Maßnahmen verlangt, um die Gefahren abzuwehren, die durch die hohen Zinssätze und die Kapitalnot in Deutschland entstanden sind. Es müsse Sicherheit dafür geschaffen werden, daß die Finanzierung des notwendigen Wohnungsbau nicht durch eine Überwertung von Auslandskrediten in Frage gestellt wird. Durch eine beschleunigte Senkung der Zölle, durch Abschluß von Handelsverträgen, insbesondere mit Polen, und durch Befämpfung der Auswüchse der Kartelle müsse ein weiteres Ansteigen der Preise verhindert werden. Den Arbeitern und Angestellten müsse ein Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten gesichert werden.

Die Sozialdemokraten verlangen Ermäßigung der Lohnsteuer

Die sog. Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Ermäßigung der Lohnsteuer eingebracht. Er verlangt die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums von 100 M monatlich auf 140 M monatlich. Dadurch steigen die Freibeträge für Verheiratete auf 150 M, mit einem Kind auf 160 M, mit zwei Kindern auf 180 M, mit drei Kindern auf 220 M, mit vier Kindern auf 280 M, mit fünf Kindern auf 360 M. Der Gesetzentwurf soll mit dem 1. Januar 1928 in Kraft treten. Das Verlangen der Sozialdemokratie wird mit dem Reichstagsbeschluss begründet, wonach die Lohnsteuer ermäßigt werden muß, wenn ihr Ertrag in drei aufeinander folgenden Vierteljahre den Betrag von je 30 Millionen überschritten hat, was jetzt der Fall sei.

und Steffi Domes (Maria), dann Josef Kühr (Sir Peter) und Alfons Vogel (Oliver). Die ungleichen Neffen hatten in Josef Witt und Rudolf Weirauch zwei geeignete Vertreter gefunden. Treffliche Charakterstudien boten außerdem Eugen Kalnbad (Moses), Karlheinz Löser (Golzappel) und Karl Lauffötter (Benjamin). Erst der dritte Akt gab erwünschte Klarheit über die Aufnahme der Novität von festen des Publikums; der freudlich temperierte Beifall galt auch Torsten Necht, der einen sehr geschmackvollen, wennschon nicht ganz hitzigen Bühnenrahmen geschaffen hatte. S. Sch.

Neuzeitliche Stidereien für die Wohnuna. Es ist erstaunlich, wieviel Leben und Schönheit dem Auge aus der Welt der neuzeitlichen Stiderei entgegenstrahlt, die am Wert ist, mit wenig Mitteln, aber mit frischem Können unsere Wohnung und Umwelt heiterer, lebendiger, farbiger zu gestalten. Wo ist da die moderne „Müchternheit“? Man sieht Farben strahlen, die geradezu aus Träumen zu kommen scheinen. Man sieht Linien von einer schwebenden Schönheit, die wie ein feines Gebild wirken. Ja, sind diese Gebilde nicht sogar mehr als Augenfreuden, haben sie nicht einen geistigen Reiz, eine feine, stille, spirituelle Bedeutungsamkeit, — sind sie nicht wie jene Worte huger Frauen, auf die gerade geachtete Männer so gern hören, weil in ihnen das Geistige mit dem Seelischen so anmutig zusammenklingt?

Durchblättert man das reich illustrierte Oktoberheft der von Hofrat Dr. Alexander Koch herausgegebenen Kunztzeitung „Stidereien und Epochen“ (Einzelheft 2 M, im Abonnement 1,50 M) mit 80 großen Abbildungen, Vierfarbent- und Sepiatonbeilagen und naturgroßer Vorlage, betrachtet man diese reizvollen Kissenplatten, Kissenbezüge, Tischdecken, Tischgeschwämme, Kinderkleidchen, Vorhänge und vieles mehr, das Künstlerinnen und Künstler in Deutschland und Österreich schufen, dann sieht man nicht zunächst die nützlichen Objekte, sondern erkennt: Geist liebreicher Gestaltung ist hier am Wert, und was er hervorbringt, ist ganz einfach Kunst, und was er darstellt, das ist Fühlen, Sinnen, Träumen unserer Zeit. Gewiß, die Stiderei „flüstert“ nur, so das Gemälde „spricht“ und die Architektur „tönt“; aber im darstellenden Sinn, im ästhetischen Jauber ist es das nämliche. Sie hat hinter ihrem sinnfälligen Reiz einen feinen, sinnigen Ernst, diese Stiderei unserer Tage. Sie ist Spiel, Gedicht, leichtes Lied, — aber sie spielt und singt aus Seelen-Regionen und hat dabei dem ganzen Menschen ein Wort zu sagen.

Der Reichszentralrat in Speyer

Reichszentralrat Dr. Marx hat am Mittwoch im Plenarversammlungssaal des Pfälzischen Kreisrates in Speyer Vertreter aller Bevölkerungsteile der Pfalz empfangen. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Goltz begrüßte die Erschienenen. Auf die Befragungsfrage übergehend, erklärte der Ministerpräsident: Wir begrüßen alle Bestrebungen des deutschen Volkes, seine Ehre und Freiheit wiederzugewinnen, denn eine Ehre ohne Freiheit ist nicht denkbar. Und die deutsche Ehre kann es nicht zulassen, daß weite Gebiete in Fesseln liegen! In fast vierstündiger Besprechung, die gegen 7 1/2 Uhr beendet war, trugen dann die Vertreter der Gemeinden, Wirtschaftsvorstände usw. die Wünsche und Beschwerden der Pfalz vor.

Reichszentralrat Dr. Marx führte in seiner Erwiderrungsansprache aus: Ich kann es bestimmt versprechen, daß die Reichsregierung, die sich ihrer Pflicht gegenüber der Pfalz stets bewußt ist, wie immer in der Vergangenheit auch weiterhin dieser Pflicht gerecht werden wird. Hier in der Pfalz hat sich in allen Zeiten der Freiheitsdrang in gleicher Lebendigkeit gezeigt. Auch Ihnen wird der Tag der Befreiung ein schöner Feiertag sein. Wenn er kommt, wissen wir noch nicht. Aber durch nationale Einigkeit und Hilfsbereitschaft werden wir sein Kommen beschleunigen. Die Rede des Reichszentralrats wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Vormittags hatte im Regierungsgebäude ein Empfang stattgefunden, bei dem die leitenden Beamten der pfälzischen Kreisregierung und die Justiz- und Eisenbahnbehörden, ferner die mit der Befragungsfrage betrauten Regierungsreferenten dem Reichszentralrat vorgestellt wurden. Nach dem Empfang begab sich der Reichszentralrat in Begleitung des bayerischen Ministerpräsidenten und des bayerischen Innenministers an den Rhein, wo er sich von den auf die Dauer unhaltbaren Verhältnissen der Schiffbrüche und der Notwendigkeit einer festen Rheinbrücke überzeugte. Später fanden verschiedene Besuche statt, u. a. beim Bischof von Speyer und beim protestantischen Kirchenpräsidenten der Pfalz.

W 2 Berlin, 13. Okt. (Tel.) Reichszentralrat Dr. Marx ist nach Abschluß seiner Reise durch die besetzten Gebiete heute vormittag 8.50 Uhr von Speyer kommend in Berlin eingetroffen.

Der Berliner Magistrat zum Flaggenstreit

Der Berliner Magistrat hat sich am Mittwoch mit dem Flaggenkompromiß beschäftigt, das Reichsregierung und preussische Regierung mit dem Verein Berliner Hotels abgeschlossen haben. Der Magistrat wird sich, dem „A. L.“ zufolge, vermutlich dem Kompromiß anschließen. Er erblidete jedoch in dieser Vereinbarung noch keine endgültige Regelung. In Magistratskreisen wird darauf hingewiesen, daß es nicht „Reichsflaggen“, sondern nur eine Reichsflagge gibt, nämlich die schwarz-rot-goldene, und daß erst dann ein wirklich befriedigender Zustand erzielt ist, wenn diese deutsche Reichsflagge schwarz-rot-gold ohne jeden Vorbehalt gehißt wird. Gegenüber Auslegungen von Rechtsblättern wird von zuständigen preussischer Seite betont, daß die Vereinbarung mit den Hotels unter der Voraussetzung getroffen worden sei, daß sie künftig neben der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge und der Handelsflagge nicht mehr die schwarz-weiße Fahne hissen, allerdings stehe es den Hotels frei, außer „den Reichsflaggen“ noch Landes- oder Stadtflaggen zu hissen.

Die überseeische Auswanderung in Süd-Deutschland

Die letzten statistischen Zahlen zur überseeischen Auswanderung wurden wohl bereits im März d. J. in der Monatschrift des Hamburger Statistischen Landesamts veröffentlicht, jedoch geben diese Ziffern keinerlei Aufschluß über die Beteiligung der verschiedenen deutschen Länder an der überseeischen Auswanderung. Diese ergibt bezüglich der süddeutschen Länder Bayern, Baden, Württemberg, Hessen und Pfalz, wie uns auf Anfrage von derselben Behörde mitgeteilt wird, folgendes Bild:

Bayern: Die Gesamtzahl der Auswanderer betrug im Jahr 1926 3499 Personen (Männer und Frauen) gegen 767 im Jahre 1913. Die Höchstzahl der überseeischen Auswanderer hat das Jahr 1923 zu verzeichnen mit 8120 Personen (4712 Männer, 3408 Frauen), die geringste Zahl das Jahr 1921 mit 99 Personen, 3 männlichen und 96 weiblichen Geschlechts.

Baden: Die stärkste Zunahme unter den süddeutschen Staaten gegenüber dem Jahre 1913 (254) mit 2386 Personen im Jahre 1926. Dagegen war im Jahre 1913 die Höchstzahl der Auswanderer aller Länder in Baden nicht in dem Maße gestiegen, wie anderwärts (3782 Personen). Das Jahr mit der niedrigsten Auswandererziffer (1921) hält sich aber immer noch auf 561 Personen.

Württemberg: Nach Baden hat Württemberg im Jahre 1926 die stärkste Zunahme der Auswandererziffer gegenüber 1913 (260) mit 1984 Personen zu verzeichnen.

Hessen: Der kleinste Auswandererziffer im Jahre 1926 (55) nicht der relativ stärkste Zuwachs im Jahre 1926 mit 524 Personen gegenüber.

Im Vergleich zum Jahre 1925 ist im Jahre 1926 die Gesamtzahl der von Hamburg ausgehenden Auswanderer um 10,5 Proz. gestiegen. Von dieser allgemeinen Steigerung machen eine auffällige Ausnahme Baden (1925: 2518 Personen, 1926: 2386 Personen) und Württemberg (1925: 2227 Personen, 1926: 1984 Personen). Bayern verzeichnet eine unmerkliche Zunahme, Hessen einen geringen Rückgang, Pfalz dagegen die starke Steigerung von 628 auf 841 Auswanderer.

Zwei deutsche Zerstörer sind auf der Wilhelmshavener Marinewerft vom Stapel gelassen. Für das erste Schiff, das auf den Namen des 1895 in den ägyptischen Gewässern untergegangenen „Itis“ getauft wurde, hielt Admiral von Lans die Taufrede, der Kommandant des alten Itis gewesen war. Den zweiten Zerstörer taufte der Kommandant des berühmten Hilfskreuzers „Wolf“, Kapitän Kerger, auf den Namen seines früheren Schiffes.

Der Deutsche Beamtenbund zur Besoldungsvorlage. Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes, der sich am Mittwoch mit dem Besoldungsentwurf der Reichsregierung beschäftigte, nahm, laut „Voss. Zig.“ einmütig gegen die Befestigung der sogenannten Verzahnung, die Verschlechterung der Bezüge der Diätäre und der lebigen Beamten Stellung und forderte die Befestigung der Stellenzulage.

Berger gegen das Republikanengesetz. Das Schöffengericht Stuttgart beurteilte die Kontoristin Elise Himmelhofer wegen eines Vergehens gegen das Republikanengesetz zu vier Monaten Gefängnis und den Kommunisten Maier wegen des gleichen Vergehens zu 5 Monaten Gefängnis. Es handelt sich um Verstöße gegen das Verbot der Beteiligung von schulpflichtigen Kindern des Jung-Spartakusbundes.

Aus der kommunistischen Partei Rußlands wurden drei führende Mitglieder der Opposition ausgeschlossen, weil sie eine parteiintendliche Geheimruderei eingerichtet hatten.

Kurze Nachrichten

Einsetzung bei Stuttgarter Kommunisten. In Stuttgart hat eine Durchsichtung bei kommunistischen Funktionären stattgefunden, da Druckschriften gegen Schulpolizei und Reichswehr verbreitet worden waren. Eine kommunistische Parteiangestellte, bei der ein Paket Propagandaschriften versteckt vorgefunden wurde, ist wegen dringenden Verdachts eines Vergehens der Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet worden.

Zur Lohnbewegung im Ruhrgebiet wird von bergbaulich interessierter Seite mitgeteilt, daß das bisher geltende Lohnabkommen nicht vor dem 1. April 1928 abgeändert werden kann. Die Ruhrgebietsleute die bisher stets abgelehnte Preiserhöhung für Kohlen um 7 1/2 Proz., um bei den bisherigen Arbeiterlöhnen ohne Verlust arbeiten zu können. Unter diesen Umständen könnte von einer neuen Lohnerhöhung nicht die Rede sein.

Der sächsische Rechtsanwalt Nicolussi, dem vor kurzer Zeit von den italienischen Behörden die Anwaltskanzlei gesperrt und die Tätigkeit in seiner Praxis untersagt worden war, hat sich, wie die „Voss. Zig.“ meldet, der ihm drohenden Verhaftung durch die Flucht entzogen. Nach mühevoller Wanderung über die Ostalpen konnte er sich nach Österreich und Deutschland in Sicherheit bringen.

Eine litauische Beschwärdenote an den Völkerbund. Litauen hat wegen der Litauerverfolgung im Bilsna Gebiet an den Generalsekretär des Völkerbundes eine Beschwärdenote gerichtet. Dazu fehlt Litauen die innere Berechtigung, es müßte zunächst seine eigene Minderheitspolitik, wie sie zumal gegen die memelländischen Deutschen gerichtet ist, revidieren.

Zusammenkünfte bei einer italienischen Demonstration in Goben. 4000 Mitglieder italienischer Vereine, die anlässlich des Kolumbusfestes in New York-Goben einen Umzug führten, wurden, dem Polizeibericht zufolge, mit Steinen beworfen, wobei ein allgemeiner Kampf ausbrach. Mehrere Tausend Personen wurden verwundet. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Der amerikanische Arbeiterverband für die Zulassung von Bier. Auf dem in Los Angeles stattfindenden Kongress des amerikanischen Arbeiterverbandes wurde unter lebhaftem Beifall eine Entschließung angenommen, in der die Wiedergulassung eines Gesundheitsbieres von 2,75 Prozent Alkoholgehalt gefordert wird.

Gesetz über den Verkehr zur Abwendung des Konkurses (Vergleichsordnung) vom 5. Juli 1927. Textausgabe mit Einleitung, Anmerkungen und Sachverzeichnis, herausgegeben von Josef Wüthrich, Amtsrichter im bayerischen Staatsministerium der Justiz III, 104 Seiten, H. 8°. Leinwand 2.50 M. München 1927. C. S. P. Ver.

Badischer Teil

Kapitalabfindung für Kriegsbeschädigte und Kriegervitwen

Das Hauptverwaltungsamt schreibt: In Anbetracht der wachsenden Zahl der Anträge auf Kapitalabfindung, der eine Erhöhung der zu diesem Zwecke bereitgestellten Mittel nicht entspricht, sieht sich das Hauptverwaltungsamt veranlaßt, diejenigen Versorgungsberechtigten, welche auf eine Kapitalabfindung abheben, eindringlich zu warnen, vor der Bewilligung der Abfindung bindende Verträge über die Verwendung derselben abzuschließen.

Visher konnten alle diejenigen Anträge auf Kapitalabfindung bewilligt werden, bei denen neben Erfüllung anderer Voraussetzungen Gewähr für eine nützliche Verwendung der Abfindungssumme bestanden hat.

Die im Hinblick auf die Zahl der Anträge unzulänglichen Mittel legen dem Hauptverwaltungsamt die Pflicht auf, nur noch da eine Kapitalabfindung zu bewilligen, wo die Vergütung eine besondere Härte bedeutet. Obgleich jeder Antragsteller bei Aufnahme seines Antrages schriftlich anerkennt, darüber befehrt zu sein, vor Bewilligung der Kapitalabfindung bindende Verträge über die Verwendung derselben nicht abzuschließen, mehren sich die Fälle, in denen hierauf keinerlei Rücksicht genommen worden ist.

Die Folge davon ist, daß die Ablehnung der Kapitalabfindung die Antragsteller in eine äußerst schwierige wirtschaftliche Lage bringt, aus der sie sich oft nur unter Verlusten befreien können.

Aus diesem Grunde wird erneut auf obige Belehrung verwiesen und ausdrücklich betont, daß in der Ablehnung der Kapitalabfindung dann keine besondere Härte erblickt werden kann, wenn sie durch Nichtbeachtung obiger Belehrung entstanden ist.

Fachkurs für Gasinstallateure

Im Anschluß an die in den Räumen des Badischen Landesgewerbeamtes in Karlsruhe in den letzten Tagen veranstaltete Ausstellung für Gasapparate und Gasgeräte fand in der Zeit vom 3. bis 8. Oktober d. J. ein Fachkurs für Gasinstallateure statt. Das Bad. Landesgewerbeamt als Veranstalter dieses Spezialkurses ließ sich hierbei von dem Bestreben leiten, den Berufsangehörigen des Gasinstallationsfaches eine zusammenfassende Darstellung über den heutigen Stand der Gastechnik und über deren Fortschritte sowie über die weitere Entwicklungsmöglichkeit des Gases, insbesondere auf dem Gebiete der Wärmewirtschaft, zu bieten.

Die hierzu notwendigen wissenschaftlichen Darlegungen, auf denen die neuzeitlichen Einrichtungen und Apparate für Gasheizung und Gasverwertung aufgebaut sind, wurden den Kursteilnehmern durch zahlreiche Versuche und Untersuchungen, durch Lichtbild sowie durch eingehende Besichtigung verschiedener Betriebe, in denen bereits Gas als Heiz- und Wärmequelle nach dem neuesten Stand der Gastechnik zur Einführung gelangten, veranschaulicht.

An diesem Fachkurs, dessen gesamte Teilnehmerzahl über 60 betrug, nahmen außer den berufstätigen Installationsmeistern und Beamten städtischer Gaswerke durch **Veranlassung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts** noch 38 Lehrkräfte der verschiedenen Gewerbeschulen Badens teil. Diese überaus große Teilnehmerzahl begründet zur Genüge die Notwendigkeit der Abhaltung des Fachkurses für Gasinstallateure, der hinsichtlich seiner Darbietungen die Teilnehmer voll auf befriedigte. Möge das Badische Landesgewerbeamt auch fernerhin in seinem Bestreben fortfahren, Neuerungen auszunutzen und vorzubereiten zum Zwecke der Hebung und Förderung der einzelnen Berufe sowie unserer Wirtschaft, fortzuführen durch Abhaltung weiterer Kurse auch für andere Berufszweige. Es wird in diesen Bestrebungen mit den Forderungen und Wünschen von Handwerk, Gewerbe und Industrie stets einig gehen.

Anschluß Mosbachs an das Badenwerk. Der Gemeinderat Mosbach ist grundsätzlich bereit, mit dem Badenwerk den sogenannten B-Vertrag abzuschließen, wenn das gesamte Ortsnetz von dem genannten Werk übernommen wird.

Wagenbestand und Wagenverteilung bei der Reichsbahn

Die Reichsbahn verfügt über einen stattlichen Güterwagenpark von mehr als 600 000 Wagen, mit dem sie in Zeiten normalen Verkehrs alle Anforderungen der Industrie und Wirtschaft restlos bewältigen kann. Jeden Mittag erfolgt durch das Hauptwagenamt und die Wagenbüros der Reichsbahn die Verteilung der von den Verladern angeforderten Güterwagen. Von den einzelnen Güterabfertigungen, es gibt deren rund 9000 im Bereich der Reichsbahn, wird schon vormittags der Bestand und der Bedarf an Wagen der verschiedenen Gattungen durch Fernsprecher über die Unterverteilungsstellen an die Wagenbüros der Reichsbahndirektion gemeldet; diese stellen die Zahlen für ihren Bezirk zusammen und melden die Summen an das Hauptwagenamt beim Reichsbahnzentralamt in Berlin weiter. Das Hauptwagenamt gleicht auf Grund der Meldungen der Wagenbüros die Güterwagenbestände zwischen den Bezirken aus. Dieser Verkehr zwischen den einzelnen Wagenbüros und dem Hauptwagenamt wird durch Funktelegramm vollzogen. Nach Ausführung der Ausgleichsverfügung des Hauptwagenamts verteilen die Wagenbüros die Wagen innerhalb ihres Bezirkes, so daß mittags alle Dispositionen getroffen sind. Nun beginnen zwischen den Bezirken die Wagen zu rollen, damit sie am nächsten Morgen „laberrecht“ an der verlangten Ladestelle stehen können.

Das klingt alles recht einfach, man muß sich aber nur einmal einen Begriff von dem Umfang dieses Geschäftes machen. Im Jahre 1926 betrug die geringste Zahl der im arbeitsfähigen Durchschnitt einer Woche gestellten Wagen 96 738, die Höchstzahl belief sich auf 169 676 Wagen. Diese Zahlen lassen erkennen, um welche ungeheuren Mengen Wagen es sich bei der Wagenverteilung handelt. Sie lassen aber auch begreiflich erscheinen, daß bei dem weitverzweigten und bis zum entferntesten und kleinsten Bahnhof reichenden Verteilungsapparat Störungen nicht restlos ausgeschaltet werden können.

Besondere Anforderungen an den Wagenpark stellt alljährlich der Herbstverkehr infolge der Verfrachtung von Kartoffeln, Obst, Rüben u. dgl., also von Gütern, deren Versand sich wegen der leichten Verderblichkeit auf nur 8-10 Wochen ausmündend. Um auch für diese wenigen Wochen den Bedarf ohne besondere Anstrengung restlos decken zu können, müßte die Reichsbahn ihren Wagenpark um etwa 70 000 Wagen verstärken, was bei einem Durchschnittswert von 4300 M pro Wagen einem Anlagekapital von rund 300 Millionen M gleichkäme. Das wäre eine außerordentlich starke finanzielle Belastung der Reichsbahn, zumal diese 70 000 Wagen während etwa 42 Wochen jährlich unbenutzt herumstehen und das Anlagekapital nicht verzinsen würden.

Wie hilft sich nun die Reichsbahn, um auch ohne Verstärkung des Wagenparks den außerordentlich gesteigerten Anforderungen des Herbstverkehrs gerecht zu werden? Sie hat hierfür nur das eine Mittel, den Wagenumlauf auf das Äußerste zu beschleunigen und alle betrieblichen Möglichkeiten zu erschöpfen. 27-tägiger Umlauf der gedeckten Wagen und 4-tägiger Umlauf der viel weiter laufenden offenen Wagen sind aber das Äußerste, was praktisch möglich ist. Hier muß nun, um der Schwierigkeiten in der Wagenstellung Herr zu werden, die Wirtschaft auch durch ihre Maßnahmen mithelfen. Sie kann das, indem sie Sendungen, die nicht unbedingt zu der starken Güterverkehrszeit im Herbst ausgeführt werden müssen, auf andere Zeiten verlegt, indem sie ferner die unbedingt nötigen Wagen rechtzeitig bestellt, das Ladegewicht der gestellten Wagen möglichst voll ausnützt und vor allem die Fristen für die Be- und Entladung der Wagen nicht nur nicht überschreitet, sondern nach Möglichkeit abkürzt. Wenn so die Wirtschaft mit gutem Willen zur Beschleunigung des Wagenumlaufs beiträgt, kann auch der stärkste Verkehr ohne wesentliche Störungen bewältigt werden. Diese Mithilfe wirkt sich letzten Endes zum Vorteil des Verfrachters selbst aus.

Mandener Futterfamenbauverein

In Tengen (bei Engen), fand eine Vorstands- und Aufsichtsratsitzung des Mandener Futterfamenbauvereins unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Giner, Nordhalben, statt. Der Sitzung wohnten u. a. Direktor Dr. von Engelbert von der Badischen Landwirtschaftskammer Karlsruhe, Landesökonomierat Huber, Adolfszell, und Landwirtschaftsrat Busch, Pfalz, bei. Die Tagung nahm einen außerordentlich befriedigenden Verlauf, wenn auch festgestellt wurde, daß in diesem Jahr infolge der Ungunst der Witterung nur mit einer mittelmäßigen Samenenernte zu rechnen ist. — Für das Jahr 1928 ist eine große Feldbräunung durch die Badische Landwirtschaftskammer, und zwar zum erstenmal auf Ackerfamenfelder vorgesehen. In das Arbeitsgebiet des Mandener Futterfamenbauvereins wurden auch einige neuere Ackerreider eingeführt, um sich so in technischer Beziehung immer mehr zu veredeln zu können. Die 7. Generalversammlung des Mandener Futterfamenbauvereins findet am 20. November d. J. in Tengen statt, wobei die Hauptreferate von Landesökonomierat Huber, Adolfszell, und Landwirtschaftsrat Busch, Pfalz, erstattet werden. Letzterer wird über die Studienreise durch Ungarn und Rumänien sprechen.

Gemeinde-Rundschau

Angeklagtes Mordritztgefuß des Badener Oberbürgermeisters. Im Gegensatz zu verführten und zum Teil unrichtigen Blättermeldungen über einen Mordritt des Oberbürgermeisters Dr. Fieser in Baden-Baden, können wir folgendes mitteilen: Oberbürgermeister Dr. Fieser, dessen Amtszeit am 1. Juni 1928 abläuft, nahm am Mittwoch in einer Sitzung des Ältestenausschusses des Stadtrates Gelegenheit, seinen Standpunkt über Annahme oder Nichtannahme einer etwaigen Wiederwahl darzulegen. Die Sitzung war intern und vertraulich. Der Stadtrat wird in seiner morgigen Sitzung zu der Sachlage Stellung nehmen. Dr. Fieser steht im 60. Lebensjahr und hat sich große Verdienste um Baden-Baden erworben. Er ist in Wertheim geboren und war seit 35 Jahren in Baden-Baden tätig, wo er bereits nach einjähriger Tätigkeit 1893 zum Bürgermeister gewählt wurde. Nach dem Rücktritt des damaligen Oberbürgermeisters Gönner im Jahre 1907 wurde er dessen Nachfolger.

Autoverbindung zwischen Baden-Baden und Gaggenau. Kürzlich fand in Baden-Baden unter dem Vorsitz von Landrat Kricheler eine Versammlung von Vertretern der Stadt Baden-Baden, des Kreises, der Gemeinden Gaggenau, Eberstadt, Ottenau und Seelbach statt, die die Einrichtung einer regelmäßigen Autoverbindung zwischen Baden-Baden und Gaggenau zum Gegenstand hatte. Die mit der Autoverbindung zusammenhängenden Straßenverbesserungen werden, nach dem Vorschlag des Landrats, von den Gemeinden übernommen. Das Wasser- und Straßenbauamt Pfalz wird die Straßenverbesserungen noch in diesem Jahre fertigstellen, so daß nach der Erklärung von Postrat Löffler die Autolinie schon Anfang des nächsten Jahres eröffnet werden kann. Sie wird eine willkommene Ausflugsmöglichkeit für die Baden-Badener Kurgäste nach dem Murgtal bieten.

Der Bürgerausschuß Donaueschingen beriet den städtischen Vorschlag für 1927. Die Schuldenlast der Stadtgemeinde beträgt 471 750 RM und die Ausgabe beträgt 900 000 RM, die Einnahmen (ohne Bürgergenussaufgabe und ohne Steuer vom Grundvermögen und Gewerbe) 771 575 RM, so daß durch Bürgergenussaufgabe und Steuer von Grundvermögen und Gewerbebetrieben 128 425 RM zu decken sind. Die Gemeindefeuer beträgt 56, 25 und 420 Pf von 100 RM Steuerwert. Donaueschingen steht mit letzteren an dritter Stelle unter den badischen Städten. Der Bürgerausschuß nahm den Vorschlag an. Ferner erklärte er sich damit einverstanden, daß die Gemeindefeuer nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes über den Steuerertrag erst ab 1. April 1927 erhoben werden sollen, ferner daß die Gemeindefeuer für dieses Rechnungsjahr durch die Gemeindefeuerborauszahlungen für das Rechnungsjahr 1926 endgültig als abgegolten gelten sollen.

Zur Entwässerung des Weitenrieds. Bei der von dem Bezirksamt Stodach veranstalteten Tagfahrt zur Verhandlung über die Entwässerung des Weitenrieds bei Volkertshausen stimmten für die Entwässerung die Besitzer von 74 Hektar, dagegen die Gemeinden Wiesch und Stehlingen mit zusammen 61 Hektar. Bei der Gemeinde Wiesch gründet sich die Ablehnung auf finanzielle Bedenken, während die Gemeinde Volkertshausen die Gründung einer Genossenschaft ablehnt.

Fluglinie Konstanz-Freiburg. Der Stadtrat von Konstanz hat beschlossen, sich im Jahre 1928 an einer Fluglinie Konstanz-Freiburg über Basel zu beteiligen.

Anbau zur Oberrealschule Singen. Für die Erweiterung des Oberrealschulgebäudes hat der Bürgerausschuß Singen im Vorschlag 1927/28 90 000 RM bewilligt. Es werden sechs Lehrkräfte angebahnt.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte. Baden hatte gestern fortgesetzt Nebel, der nachmittags in Hochnebel überging. In Südbaden kam es nachmittags strichweise auch zu leichten Regenfällen. Der Feldberg ragte über das Nebelmeer hinaus und hatte fortgesetzt wolkenloses Wetter. Der hohe Druck über Europa baut jetzt ab. Eine Zykone dringt von Island in südöstlicher Richtung nach Skandinavien vor. Ein Ausläufer liegt bereits über der Nordsee und dem Kanal. Wir müssen in den nächsten Tagen mit unbeständigem Wetter rechnen. Wetteraussichten für Freitag. Frühnebel, nachmittags wolkig mit Aufhellung, meist trocken, tagsüber wärmer.

Verschiedenes

Die Langstreckenflüge

Das deutsche Wasserflugzeug „D 1220“ ist am Mittwoch mittag in Warnemünde zum Flug nach den Azoren aufgestiegen, jedoch bald darauf bei Brunsbüttel auf der Elbe gelandet, weil ein kleiner Schaden am Kühler eingetreten war. Der Führer des Flugzeuges ist Diplomingenieur Metz, ein früherer deutscher Kampfflieger. Der Funker und Hilfsfliegermann Wilhelm Bod ist langjähriger Spezialist für Fernnavigation. Außerdem fliegt als Spezialist für den Radard-Motor noch der Monteur Rhode mit. Das Einzelflugzeug D 1220 ist ein normaler, hochseetüchtiger Zweischwimmer-Zweisitzer. Die Maschine ist in der Lage, 4000 Liter Benzin mitzunehmen. Der 12 Zylinder-Radard-Motor entwickelt bis zu 830 PS. Die 4000 Liter Benzin reichen für einen Flug von etwa 40 Stunden, das ist, da die mittlere Stundengeschwindigkeit 150 Kilometer angenommen werden, eine Strecke von 6000 Kilometer. Das Flugzeug ist heute, Donnerstag, morgen bei etwas diebstahlgem Wetter zum Weiterflug aufgestiegen. Es schlug die Richtung Cuxhaven-Norderney ein. Nach den Erklärungen, die der Pilot Metz kurz vor dem Start gab, bleibt es bei der ursprünglichen Absicht, Amsterdam anzufliegen.

Wie aus Neuport gemeldet wird, ist nicht die amerikanische Fliegerin Zoaphon nach Kopenhagen, sondern die Fliegerin Mitz Ruth Ober mit dem Flugzeug „American Girl“ zum Flug nach Paris aufgestiegen. Über den Verbleib des Flugzeuges, über das man sich schon ernste Sorgen macht, liegen bisher keine Nachrichten vor.

Aus der Landeshauptstadt

Eine Statistik. Im Bereich der Polizeidirektion Karlsruhe (Durlach einbezogen) ereigneten sich im Monat September 74 Zusammenstöße. Im Monat August waren es 66. Verursacht wurden diese Zusammenstöße durch zu schnelles Fahren bei 1 Auto, 5 Kraftträdern und 5 Fahrrädern, auf falsches Fahren und Einbiegen an Straßenkreuzungen bei 7 Autos, 4 Kraftträdern und 7 Fahrrädern, durch Unterlassung der Abgabe von Warnungssignalen 2 Autos und 4 Kraftträdern; infolge grober Unvorsichtigkeit von 14 Autos, 10 Kraftträdern und 15 Fahrrädern. Verletzt wurden bei Kraftwagenzusammenstößen 13, bei Kraftträdern 20 und bei Fahrrädern 6 Personen. 21 Kraftwagen, 18 Motorräder, 21 Fahrräder wurden dabei erheblich beschädigt.

Badisches Landestheater Karlsruhe. In „Robert Guiskard“, dessen Uraufführung zu Heinrich von Kleists 150. Geburtstag am Samstag, den 15. Oktober, stattfindet, spielt Paul Hiert die Titelrolle. In den übrigen Hauptrollen wirken die Damen Emardt und Mietens, sowie die Herren Dahlen, Leitzig und von der Trenck mit. — Im „Herbrodenen Krug“ ist die Rolle des Dorfrichters Nam wiederum bei Fritz Herz. Neu in ihren Aufgaben sind die Damen Genter, Wöckel, Mademacher, Biegler und die Herren Graf und Rudolf Schulze. — Die Bühnenbilder sind von Torsten Gecht, die Kostüme von Margarete Schellenberg hergestellt.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Heidelberg, 12. Okt. Die naturwissenschaftliche Fakultät der Universität hat den Generaldirektor Dr. Friedrich Bergius in Heidelberg zum Ehren doktor ernannt, weil er als erster Forscher entscheidend an der Verwandlung der Kohle in flüssige Stoffe, der großen chemischen Aufgabe unserer Zeit, gearbeitet hat.

D3. Heidelberg, 12. Okt. Die Große Strafkammer hatte sich als Berufungsinstanz mit der Frage der Schuld am Schlierbacher Eisenbahnunfall vom 2. Sept. 1926 zu beschäftigen. Angeklagt waren wegen Transportgefährdung und fahrlässiger Körperverletzung der Lokomotivführer Heinrich Hippler. Er soll nach der Anklage als Lokomotivführer des von Heidelberg kommenden Personenzuges Nr. 433 aus Unachtsamkeit das auf „Halt“ gestellte Einfahrtsignal überfahren haben, so daß am Eingange der Station Schlierbach sein Zug mit einem dort stehenden Güterzug zusammenstieß, wobei 14 Personen, darunter 9 oberbischleische Ferienkinder, leicht verletzt wurden und ein Materialschaden von etwa 16 000 RM entstand. Das Schöffengericht hatte Hippler zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer sprach ihn frei. In der Begründung wurde ausgeführt, es spreche zwar manches für die Schuld des H., es gehe aber aus dem Gutachten des Sachverständigen nicht mit Bestimmtheit hervor, daß eine technische Fehlerquelle ausgeschlossen sei.

D3. Bruchsal, 13. Okt. Detan Schäfer, welcher hier das Gymnasium besuchte, dann als Vikar und Pfarrverwalter amtierte und seit 14 Jahren seinen Lebensabend hier verbringt, vollendet heute sein 86. Lebensjahr. Noch jeden Tag unternimmt er rüftig seinen Spaziergang.

Donaueschingen, 12. Okt. Auf der Generalversammlung der Volkerei- und Zentralgenossenschaft unter dem Vorsitz von Landwirtschaftsrat Bauer wurde eine Entschiedenheit angenommen, in der es heißt, daß der Milchpreis entsprechend den Forderungen der landwirtschaftlichen Organisationen bei den Milchpreisverhandlungen am 27. Sept. mit sofortiger Wirkung um 4 Pf erhöht wird. Der heutige Milchpreis decke bei weitem nicht die Produktionskosten. Sollte eine Erhöhung nicht durchgeführt werden, so werde über kurz oder lang die Milchwirtschaft in der Saar, im Hegau und auf dem Randen zusammenbrechen. Es wird deshalb die Einseitigkeit von neuen Milchpreisverhandlungen von den landwirtschaftlichen Organisationen verlangt.

Gutach, 12. Okt. Das seit 26 Jahren stillgelegte Werk der Mechanischen Sautweberlei Reinhard Müller u. Co., die an die Firma Wieser-Rimmermann in Erberg übergegangen ist, soll wieder in Betrieb gesetzt werden und zwar als Zule-Spinnerei. Hierzu ist ein Kapital von 225 000 RM erforderlich, für dessen Schaffung die Gemeinde Bürgerschaft übernehmen soll. Der Bürgerausschuß stimmte mit 27 gegen 12 Stimmen der Vorlage zu, der Betrieb soll baldmöglichst aufgenommen werden.

WV Stuttgart, 12. Okt. Bei der Reinigung eines Kanals kamen Revolver, Munition und Handgranaten Sprengkapseln zum Vorschein, die vermutlich in der Revolutionszeit dort hineingeworfen worden waren. Während der Pause in einer benachbarten Schule beschäftigten sich Schüler mit den dort gefundenen Handgranaten Sprengkapseln. Eine explodierte, wobei fünfzehn Kinder leichere Verletzungen erlitten.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	13. Okt.		12. Okt.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.12	168.46	167.98	168.32
Kopenhagen 100 Kr.	112.24	112.46	112.27	112.49
London . . . 100 £.	22.59	22.93	22.88	22.92
Paris . . . 100 Fr.	20.393	20.433	20.395	20.435
Neuhort . . . 1 D.	4.186	4.190	4.1870	4.1895
Schweiz . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.44	16.48
Wien 100 Schilling	80.74	80.90	80.765	80.925
Prag . . . 100 Kr.	59.10	59.22	59.12	59.24
	12.406	12.426	12.409	12.429

Auflegung der Breukenanleihe. Dem WV-Handelsdienst wird aus Neuport berichtet; Das Syndikat für die 30-Millionen-Dollaranleihe des Staates Preußen, das unter Führung der Firma Harris Forbes und Compagnie steht, hat die Vorbereitung für die Ausgabe der Anleihe zu Ende geführt. Die Bonds sollen heute (Donnerstag) zum Kurse von 96 1/2 Proz. zur Zeichnung aufgelegt werden.

Staatsanzeiger
Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Planmäßig angestellt:
Verwaltungspraktikant Karl Friedrich beim Bezirksamt Bühl als Verwaltungsobersekretär.

Justizministerium
Ernannt:

Kanzleisassistent Georg Martin beim Notariat Gernsbach zum Kanzleisekretär; die Kanzleihilfen Heinrich Lauer beim Amtsgericht Heidelberg, Karl Gies beim Amtsgericht Karlsruhe und Johann Ruffer beim Notariat Stetten a. N. zu Kanzleisassistenten; die Kanzlistinnen Juliana Steen beim Amtsgericht Gernsbach und Anna Kaefer beim Notariat Rehl zu Kanzleisassistentinnen; die Kanzleihilfen Rosa Lohr beim Landgericht Konstanz und Hildegard Schrott beim Amtsgericht Badolzell zu Kanzlistinnen.

Versetzt:
Justizinspektor Karl Diehm beim Landgericht Baldschut zum Amtsgericht daselbst, Justizobersekretär Alfred Weihenberger beim Amtsgericht Baldschut zum Landgericht daselbst, Kanzleisekretär Hans Walter beim Amtsgericht Wertheim zum Amtsgericht Bamheim und Kanzleisassistent Wilhelm Steinhauser beim Amtsgericht Bühl zum Amtsgericht Wertheim.

I Waggon Steingut
I Waggon Emaille

Besonders billig

Emaille la Ware		Steingut	
Fleischtöpfe, grau	24 22 20 18 16 cm	Waschgarnituren 5 tlg.	
1,95 1,75 1,45 1,20 98 Pf		Serie I sort. Decore	3.80
Milchtöpfe, grau	16 14 12 10 cm	Serie II blaue „	6.75
1,35 1,10 90 Pf 75 Pf		Serie III Golddec.	9.50
Nudelpfannen, grau	22 20 18 16 14 12 cm	extra große Becken	
1,20 98 Pf 78 Pf 68 Pf 55 Pf 45 Pf		Küchegarnituren 16 tlg.	
Ringtöpfe, grau	22 20 18 16 cm	blanc Decore	8.50
2,10 1,75 1,45 1,10		aparte Decore	9.25
Flache Küchenschüsseln, weiß	26 24 22 cm		
75 Pf 65 Pf 55 Pf		Obertassen weiß St.	-12
Waschbecken Essenträger 11 cm		Teller, tief od. flach	-14
32 cm rd. m. Napf	85 Pf	Stück	
Spülschüssel	1,10 Pf	Gemüschüsseln,	1.20
grau 1,10	70 Pf	Satz 6 St. bunt 1,45 weiß	
		Blumenkübel	1.10
		sort. Decore	1.10
		Waschbecken	1.25
		bunt 1.40	

KNOPF

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“.

Bevor Sie kaufen überzeugen Sie sich von Güte und Preis

Ph. Nagel
Kaiserstr. 55

Detektiv-Institut
u. Privat-Auskunftei
„Argus“
Mannheim
O. 6. 6
Planzen
Kohlenstraße 333/305
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Lesen Bücher
Wissen gibt Macht!

Beginn neuer Kurse

Tanzinstitut Großkopf
Sprechzeit: 11—1/1 Uhr u. 4—1/7 Uhr
Herrenstraße 33
G 758

Hut-Reparaturen
aller Arten bei sorgfältigster Ausführung nur

Hutfabrik G. Burlefinger
Westendstraße 29b [771] Telephon 850

1734. Jahr. Im Kontursverfahren über das Vermögen der Firma Richard Stähler in Lahr, Inhaber Fabrikant Richard Stähler in Lahr, ist zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin bestimmt auf:
Mittwoch, 26. Oktober 1927, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht, 2. Stod., Zimmer Nr. 31.
Lahr, 10. Oktober 1927.
Badisches Amtsgericht.

Durlach. R 731 Güterrechtsregister. eingetragen am 8. Oktober 1927. Berg, August, Kaufmann in Durlach-Aue und Lina geb. de Majjimo. Vertrag vom 14. September 1927. Gütertrennung.
Amtsgericht.

Badisches Landestheater
Freitag, 14. Oktober 1927
*F 6 (Freitagmiete)
Th.-Gem. 601—700

Florian Geyer
von Gerhart Hauptmann
In Szene gesetzt von Felix Baumbach

v. Notenbahn v. d. Trend
Margraf Schneider
v. Richtenstein Genzke
v. Hauslein Leitzig
v. Stein Schulze
Hans v. Grumbach Rehner
v. Geyer Graf
v. Raffell Kuhne

Dahlen
Kunz v. d. Mühlen
Gülgensfig
Florian Geyer
v. Wenzingen
v. Werlichingen
v. Hartheim
Wilh. v. Grumbach
Anna v. Grumbach
Kellermann
Karlstat
Befenmeyer
Schultkeiß
Döfelholz
Martin
Kintemäuslin
Sartorius
Lind
Wubenleben
Kohl
Hippler
Rehler
Flammenbeder
Kraher
Schäferhans
Marei
Kaufmeyer
Föblein
Eine alte Frau
Ihr Sohn
Käuslin
Sein Weib
Schertlin
Peter
Bauer
Domherr

Schulz-Weiden
Reinath
Schellenberger
Brandt
Dahlen
Gertz
Rehner
Schmidt
Müller
Wehner
Schneider
Bertram
Schulz-Weiden
Gemmede
Biegler
Graf
Frohmann
Genter
Gertz
Schmidt
Leitzig
Prüiter
Weidner
Kuhne
Graf
Ostholt
Weidner
Opmar

Anfang 7 1/2 Ende 10 1/2
I. Rang und I. Sprechst. 5 RM

Sa. 15. Oktober: Zu Kleists 150. Geburtstag: **Desonoren-Quvertüre**. Zum erstenmal: **Robert Guiskard**. Hierauf: **Neu einstudiert: Der zerbrochene Krug**.